



Bildung, digitale Infrastruktur, Staatsreform: Das sind für Hannes Androsch die Problemfelder, in der die Regierung nun echte Reformen wagen müsste – statt um Nebensächlichkeiten zu streiten und sich in der EU zu isolieren. » VON JOSEF URSCHITZ

»Uns kann ja niemand mehr ernst nehmen«



Citoyen Hannes Androsch: »Statt über Zukunftsthemen reden wir über das Rauchverbot und Polizeipferde im Prater.«  
/// Katharina Rothbo

Es geht uns nicht schlecht“, sagt Hannes Androsch, wenn er auf den Zustand Österreichs angesprochen wird. „Sehr zum Unterschied zur Ersten Republik, die niemand gewollt hat, ist die Zweite Republik zu einer Erfolgsstory geworden“. Es sei evident, dass wir in einem der wohlhabendsten Länder der Welt leben, mit einer der höchsten Sozialquoten und einer breiten, also vergleichsweise gerechten, Verteilung.

Das werde aber ohne größere Veränderungen nicht so bleiben, fürchtet der bald 80-jährige Industrielle, Ex-Vizekanzler, Ex-Finanzminister und, wie er seine jetzige Funktion am liebsten sieht, „Citoyen“: Wir fallen permanent zurück. Nicht nur gegenüber den aufstrebenden asiatischen Staaten, sondern auch gegen erfolgreichere europäische Länder wie Deutschland, Schweiz, Holland oder Schweden. „Wieso“, fragt Androsch, „können diese Länder mit geringeren Steuerquoten und weniger Staatsverschuldung bessere Ergebnisse erzielen als wir?“ Und gibt gleich selbst die Antwort: „Entweder liegen hier Versäumnisse und Unterlassungen vor, oder wir haben falsche Priorisierungen. Wahrscheinlich beides.“

Man sehe das auch an der laufenden öffentlichen Diskussion: Während die Welt in Bewegung sei, „reden wir über Rauchverbote, Polizeipferde im Prater und starren gebannt auf Machtkämpfe zwischen dem ÖAAB und der FPÖ im Innenministerium“.

Aber was tun? Was sind die größten Baustellen, die die Zukunftsfähigkeit des Landes gefährden? Über die wichtigste muss der Mitinitiator des Bildungsvolksbegehrens nicht lang nachdenken: „Bildung, Bildung, Bildung“.

Hier laufe so gut wie alles schief. Die Fakten sind ja bekannt und unbestritten: Österreich gibt im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel für Bildung aus, erzielt aber auf allen Ebenen, von der Vorschule bis zur Universität, sehr unterdurchschnittliche Ergebnisse. PISA-Tests verlaufen in aller Regel desaströs, in internationalen Uni-Rankings hecheln heimische

Hochschulen weit abgeschlagen hinterher.

Wo fangen wir an? Ganz unten: „Wir sind eines der letzten Länder, die keine Ganztagschulen haben und auch keine ganztagsvorschulische elementarpädagogische Betreuung“, kritisiert Androsch. Darüber könne man jetzt zwar ideologisch streiten, aber in einem Land, in dem 70 Prozent der Mütter berufstätig sind, sei das in der Praxis jedenfalls ein schwerer Mangel. Der sich, ganz nebenbei, auch auf andere Bereiche auswirke: Mangelnde Ganztagsbetreuung sei mit ein Grund, wieso Frauen überdurchschnittlich oft in Teilzeitarbeitsverhältnissen stecken, damit weniger verdienen und in der Folge auch weniger Pension bekämen. Ganz nebenbei sei das Fehlen von Ganztagschulen (neben der Kürzung der Mittel für diesen Bereich) auch ein nicht zu unterschätzender Grund für das katastrophale Scheitern der Integration in der Schule. Androsch: „Mit einer Kürzung der Mittel wird man Integration nicht schaffen. Und mit einer Halbtagsschule schon gar nicht, wenn am Nachmittag bei der Großmutter türkisches Fernsehen läuft.“

»Singapur hat zwei Unis unter den besten 15 der Welt, wir keine unter den ersten 150.«

An der Unimisere sei, meint Androsch, die seit Jahren feststellbare „chronische Unterdotierung“ schuld. Mit dem Ergebnis, dass wir in diesem für die Zukunft extrem wichtigen Bereich seit langer Zeit permanent zurück fallen. „Singapur hat zwei Unis unter den besten 15 der Welt, wir haben keine unter den ersten 150“, bringt der im Hochschulbereich stark engagierte Unternehmer das Problem auf den Punkt. Und das habe eben nicht unwesentlich mit fehlenden Mitteln zu tun, die zu überfüllten Seminaren und einem schlechten Betreuungsverhältnis führen. Eng verboden damit seien die Probleme der Forschung, meint das Mitglied des Rats für Forschung und

Technologieentwicklung. Österreich habe zwar eine erfreulich hohe Forschungsquote, liege aber im internationalen Innovationsranking nur im Mittelfeld. Das habe damit zu tun, dass der Forschungsschwerpunkt (und damit auch die Dotierung) stark auf der betrieblichen Anwendung liege und weniger auf der universitären Grundlagenforschung. Androsch: „Unsere Unis haben kein Exzellenzprogramm wie etwa die deutschen, und die technischen Universitäten bekommen nur einen Bruchteil der Mittel, wie sie etwa die ETH Zürich bekommt.“

Hier müsse gegengesteuert werden – wird aber nicht: „So wie das Budget für die nächsten zwei Jahre aussieht, müssen wir davon ausgehen, dass wir nicht nur bisher viel Zeit verloren haben, sondern auch die nächsten fünf Jahre verlieren werden – ohne dass dadurch die Staatsfinanzen wirklich in Ordnung kommen.“

Riesigen Änderungsbedarf sieht Androsch auch in der Infrastruktur, besonders der digitalen. Da sei Österreich Schlusslicht und es geschehe auch weiterhin nichts, um das zu ändern. Androsch: „Die Deutschen investieren in ihr Glasfasernetz 100 Milliarden. Wir würden also 10 Milliarden brauchen. Tatsächlich haben wir von einer Milliarde geredet und 250 Millionen umgesetzt. Das ist ja eine Lachnummer“. Auch bei der neuen Mobilfunkgeneration (5G) sei Österreich hoffnungslos ins Hintertreffen geraten.

Punkt drei auf der To-do-Liste: Das Sozialnetz. Dieses sei eine große Errungenschaft, habe aber seine Zielsicherheit und damit auch seine Zukunftsfähigkeit weitgehend verloren. Das könne man am besten daran ablesen, dass mitten in einem der teuersten und umfangreichsten Sozialnetze der Welt die Armut zunehme. „In diesem System“, so Androsch, „steckt nicht nur viel Ineffizienz, sondern auch viel Ungerechtigkeit“. Ein Beispiel dafür sei, „mit welchen Pensionen und wie früh immer noch Teile des öffentlichen Dienstes in Pension gehen“. Über die Aussagen seiner Parteifreunde, dass Pensionsreformen eigentlich nicht nö-

## STECKBRIEF

Hannes Androsch wurde am 18. April 1938 in Wien geboren. Nach dem Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien arbeitete er als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. 1970 gründete er seine Steuerberatungskanzlei Consultatio.

Bruno Kreisky machte den SPÖ-Abgeordneten 1970 zum Finanzminister, von 1976 bis 1981 zusätzlich zum Vizekanzler. Nach dem Bruch mit Kreisky wurde Androsch Generaldirektor der Creditanstalt. Eine Position, die er nach einer Verurteilung wegen Steuerhinterziehung 1988 verlor.

Industrieller wurde Androsch 1989, als er mit dem Aufbau seines Firmenimperiums (unter anderem AT&S und Salinen Austria) begann. Er ist in zahlreichen Gremien im Bereich Forschung und Universität tätig und war Mitinitiator des Bildungsvolksbegehrens.

Übrigens: Seit Androschs Zeit als Vizekanzler schätzt ihn Gustav Peichl für seinen Mut und die Art, Dinge anders anzupacken.

tig seien, kann Androsch nur den Kopf schütteln: Das laufe seit vielen Jahren aus dem Ruder.

Suboptimal und dringend änderungsbedürftig sind nach Ansicht von Androsch die Staatsstrukturen insgesamt, wo besonders der fehlgeleitete Föderalismus mit seinen Parallelstrukturen und seinem institutionellem Wildwuchs (etwa bei den Sozialversicherungen) für teure Ineffizienzen Sorge. Diese institutionellen Strukturen, die einander behindern, gehörten dringend bereinigt – stattdessen schaffe man neue, kritisiert Androsch. Ein Beispiel: Statt Forschungseinrichtungen zusammenzulegen haben man neue geschaffen. „Ich kann nicht erkennen, dass sich da was verbessert hat“, meint das Mitglied des Forschungsrats.

»Früher haben sie sich gegenseitig blockiert. Jetzt blockieren sie harmonisch.«

Übertrieben optimistisch, dass diese notwendigen Reformen auf Schiene kommen, ist Androsch freilich nicht. Die Politik habe sich ja nicht wesentlich geändert. Androsch: „In der großen Koalition haben sie sich gegenseitig blockiert. Jetzt blockieren sie harmonisch.“ Störend sei auch, dass sich Österreich durch eine seltsame Außenpolitik in Westeuropa immer mehr provinzialisiere und isoliere. „Wir sind durch Putin-Lakaiahftigkeit, Orbán-Bewunderung und Trump-Nachreden zum Enfant terrible geworden. Wir stiften Unruhe am Balkan und in Südtirol und belästigen alle Nachbarn wegen ihrer Atomkraftwerke, von denen wir dann Strom beziehen. Uns kann ja niemand mehr ernst nehmen!“

Was die Reformen betreffe, sei Angst vor Wählern wegen unpopulärer Maßnahmen jedenfalls der falsche Ansatz. Androsch: „Wir haben 1978 ein sehr einschneidendes Maßnahmenpaket umgesetzt – und danach unseren größten Wahlsieg eingefahren. Weil wir den Leuten erklären konnten, dass das notwendig ist.“